

Für den Zusammenhalt der Schweiz reiche es aus, wenn die besten Schülerinnen und Schüler eine andere Landessprache erlernen würden – so wird da und dort argumentiert, damit das Abschaffen oder Zurückstellen des Unterrichts einer zweiten Landessprache gerechtfertigt werden soll. Anders gesagt: Der Zusammenhalt geht über eine kleine Elite, die dank hoher Sprachkompetenzen im politischen und wirtschaftlichen Alltag dafür sorgt. Solche Aussagen passen schlecht zu den volksnahen demokratischen Strukturen der Schweiz – und wirken umso befremdlicher, wenn sie von Exponenten sogenannter Volksparteien stammen.

Die Schweiz als Land mit mehreren gleichberechtigten Amtssprachen gibt es erst seit 1848. Insbesondere im Westen und im Süden sind ihre Grenzen kaum natürlich, sondern wurden aufgrund historischer Entwicklungen bestimmt. Unter anderem deshalb, weil Menschen verschiedener Sprachen und Kultur zusammen einen zwar föderalistischen, aber nichtsdestotrotz gemeinsamen demokratischen Staat wollten. Das ist heute noch so – auch wenn bei Volksabstimmungen immer wieder Unterschiede zwischen den Sprachgemeinschaften auftreten. Müssen deswegen aber alle bereits im Kindesalter eine andere Landessprache erlernen?

BZGast



Der Freiburger
SP-Nationalrat
Jean-François Steiert
zum Fremdsprachenstreit

Ohne Verständnis kein Zusammenhalt

Berner Zeitung,

11.7. 2014

Zwar haben in der Vergangenheit nie alle Schweizerinnen und Schweizer eine andere Landessprache verstanden. Doch sorgten Traditionen des Sprachausbaus im militärischen, landwirtschaftlichen oder in anderen Bereichen mit historischen Hochs und Tiefs für ein gegenseitiges Verständnis – das allerdings nie in Stein gemeißelt war. Gerade in unserer direkten Demokratie, wo Mehrheiten mehrmals jährlich mehr oder weniger wichtige Weichen für die Zukunft unseres Landes stellen, ist das gegenseitige Verständnis unabdingbar, wenn nicht unnötig schädliche Spannung aufgestaut werden sollen.

Das Verstehen einer Partnersprache ist dafür zwar keine Garantie. Aber es ist ein wichtiger Schlüssel dazu, auf die Bedürfnisse des anderen eingehen zu können – was die Stärke unserer Demokratie ausmacht. Deshalb hat die Schweiz deutlich mehr gute Gründe als die meisten anderen europäischen Staaten, den Zugang zu Partnersprachen und -kulturen zu fördern. Das Parlament hat in diesem Sinn vor einigen Jahren mit grossem Mehr beschlossen, dass zum Abschluss der Volksschule auch ausreichende Kenntnisse einer anderen Landessprache und -kultur gehören.

Zusammen mit dem klaren Volksauftrag zur Harmonisierung der Volksschule hat

dies zur Folge, dass der Erwerb einer zweiten Landessprache zu den Bildungsschwerpunkten bereits in der Primarschule zählen sollte, wie dies für über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Schweiz schon heute der Fall ist. Ein voreiliges Aussteigen aus diesem Ziel, wie das in einigen Ost- und Zentralschweizer Kantonen zur Diskussion steht, wäre verantwortungslos.

Vielmehr sollte sich die Politik auch die dafür notwendigen Mittel geben, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, statt ausgerechnet in den Schulen Sparübungen zu veranstalten. Die dazu notwendigen Investitionen etwa in einen Ausbau des Schüler- und Lehreraustauschs, in kleinere Lerngruppen oder in angebrachte Lehrmittel nach dem Beispiel der Pionierkantone kosten zwar Geld. Aber ein Land, das vor wenigen Jahren Hunderte von Millionen Franken in die Entwicklung der Informatik in der Volksschule investierte, sollte es sich auch leisten können, für seinen Zusammenhalt entsprechend in die Tasche zu greifen – allenfalls mit etwas praxisorientierteren Lernzielen.

Jean-François Steiert arbeitet in der Waadtländer Bildungsdirektion. In der gestrigen Ausgabe plädierte der Nidwaldner SVP-Nationalrat und Gymnasiallehrer Peter Keller für die Rückkehr zu bloss einer Fremdsprache an der Primarschule.